

## **Wirtschaft in Not, geistiger Notstand oder politische Einfallslosigkeit?**

Unsere wirtschaftliche Situation Gedanken und Zusammenhänge. Utopie, oder?

### **Den Finanzfragen kann niemand entkommen**

Es bleibt uns nicht erspart, wir alle müssen uns mit der Finanzwelt beschäftigen und unsere politischen Antworten und Forderungen anpassen. Da unser persönlicher Handlungsrahmen nur eine geringe Reichweite hat, bleiben uns in vielen Fällen nur die politischen Handlungsebenen für eine Einflussnahme. Dabei dürfen wir uns nicht von der schier großen und der Undurchsichtigkeit der Finanzwelt abschrecken lassen. Jede von uns angestrebte Veränderung im Alltagsleben ist mit der Finanzwelt verkoppelt, deshalb müssen wir uns intensiv mit finanztechnischen Fragen und deren Auswirkungen beschäftigen. Bisher haben bei den Grünen Finanzfragen einen zu geringen Stellenwert, oder wer möchte sich zurücklehnen und sagen „ist doch gut gelaufen“? „Das überlassen wir den Fachleuten“, das reicht nicht mehr.

Die aktuellen Probleme und das große Fragezeichen „wie denn weiter, was ist zu ändern?“, fordern uns auf, den Alltag auf den Prüfstand zu stellen und für unsere Ziele die notwendigen Forderungen hinsichtlich der finanztechnischen Fragen zu entwickeln und konsequent, wie bei Fragen zum Umweltschutz, an deren Umsetzung zu arbeiten.

### **Wachstumspanik**

Die Arbeit am „Prüfstand“ besteht darin, unsere Stellschrauben zu ermitteln und deren Nutzen für unsere Ziele abzuwägen. Dabei müssen wir auch bereit sein unsere alltäglichen Gewohnheiten und Regeln gründlich in Frage zu stellen. Das fängt schon bei der Wortwahl und dem Sprachgebrauch an. Auch da sollten beherzt aufräumen. Ein gutes Beispiel ist hierfür die verbale Wachstumspanik, wenn es um unsere Industrieproduktion geht. Danach sind 3% Absenkung eine Krise und bei 12% Zuwachs heißt es, „das war besonders erfolgreich“.

Wachstum ist in Maßen normal, zumindest in bestimmten Lebensabschnitten. Ich denke da nicht nur an das für uns Menschen typische Längenwachstum, das später vielfach in ein Dickenwachstum übergeht. Dazu gehören auch andere Lebensphasen. Reduzierung, Änderung und letztlich gehört auch das Abtreten dazu. Allein schon ein gleichmäßiges prozentuales jährliches Wachstum ist unnatürlich, weil damit, absolut betrachtet, jedes Jahr ein größeres Wachstum erfolgen würde. Erst recht makaber wird es, wenn nicht nur Wachstum, sondern jedes Jahr ein noch größeres Wachstum erzielt werden soll. Das ist krank.

### **Die Zinskrankheit**

Die unglückselige Entwicklung lässt sich gut bei Kapital und Kredit beim verbindenden Element Zins zeigen. Zinsanteile die in Preise einwirken sammeln sich über die Produktionskette. Da an vielen Stellen der Wirtschaftskette Kredite zur Finanzierung aufgenommen werden, addieren sich diese Bestandteile und der Endverbraucher bezahlt sie dann in der Summe über den Preis, der hierdurch heutzutage angeblich in der Größenordnung von 40% belastet wird. Ziel muss es sein, diese Anteile zu senken. Dass mit jedem zusätzlichen Kredit über den Zinsanteil auch noch der Kreditgeber zusätzlich belohnt wird, ist nicht einzu sehen, denn darin liegt für den Endverbraucher überhaupt kein Mehrwert hinsichtlich Funktion und Qualität.

### **Beteiligung am wirtschaftlichen Erfolg**

Der wirtschaftliche Erfolg einer Unternehmung kann nicht einseitig auf die Geldgeber ausgeschüttet werden. Erfolg kann auch nicht an der Höhe der Ausschüttung gemessen werden. Zudem im Gegenzug, wenn der Erfolg ausbleibt, die Arbeitnehmer das bis hin zum Arbeitsplatzverlust ausgleichen müssen. Wird innerhalb eines Unternehmens eine Erfolgsausschüttung vorgenommen, dann sollte dies vornehmlich anteilig auf die Köpfe erfolgen und nicht ausschließlich für die Chefetage gelten.

Es mag schwer sein, eine ausgewogene Gerechtigkeit herzustellen. Es muss jedoch für alle Beteiligten ein ehrliches Bemühen erkennbar sein. Wenn nicht, werden Gegenkräfte aktiviert, mit dem Ziel den notwendig erachteten Ausgleich herzustellen.

## Mit Zinseszins ein Baum bis zum Mond

Der Abstand Erde-Mond beträgt 363.000 – 405.000 km. Aus 1 € werden zu einem gleichen Wert in € mit folgenden Zinseszins-Werten und Laufzeiten: Mit 8% in 257 Jahren zu 388.960.195,80 €, mit 10% in 208 Jahre und in 25% braucht es nur 58 Jahre.

Den **Zinseszins**-Effekt als „natürlich“ betrachtet, danach würde ein Baum mit 1 Meter Höhe bei entsprechendem jährlichen Wachstum mit dem jeweiligen Prozentsatz in 257 Jahren mit 8%, 208 Jahren mit 10% und bei 25% in nur 58 Jahren, den Abstand zwischen Erde und Mond überbrückt haben. Das ist natürlich totaler Quatsch, aber von solchen Verzinsungszielen wird doch hier und da gesprochen. Ist das also auch Quatsch?

Der Vergleich mit dem Wachstum eines Baumes, der in der **Natur** zwar nicht mit einem festen Zinseszins wächst, dass aber auch kontinuierlich erfolgt, soll den Blick auf den Zinseszins schärfen. Beim Baum, wie auch bei anderen Lebewesen kennen wir Wachstum, dass je nach Art bis zum einem gewissen Alter und bis zu einer typischen Größe erfolgt. Bei hiesigen Bäumen ist bei 40 Metern vielfach Schluss.

Der Kapitalverzinsung steht ja auch, mindestens in gleicher Höhe, eine Rückzahlung durch den Schuldner gegenüber. Hier als Beispielwerte die summierten Rückzahlungsbeträge für Laufzeiten von 10 und 30 Jahre sowie für 4%, 6% und 10% bei einer „Startgröße“ = „1“:

	10 Jahre	30Jahre
4%	1,5	3,2
6%	1,8	5,7
10%	2,6	17,4

Durch den Zinseszins sind gerade lange Laufzeiten äußerst hohen Belastungen für den Schuldner, was gleichzeitig um so gewinnbringender für den Geldgeber ist.

## Schuld und Sühne?

Es ist schon wundersam, warum sollen meine Schulden für den einmalig bereitgestellten Kredit jedes Jahr wachsen? Es ist verständlich, dass die Einsammlung der Leih-Euros, die Auszahlung und die Vereinnahmung meiner Rückzahlungsraten mit Aufwand verbunden sind, die ich zusätzlich finanzieren muss. Je länger ich aber für die Rückzahlung brauche, um so gewaltiger wird die damit verbundene Zusatzbelastung. Im Gegenzug freut sich natürlich mein Kreditgeber über die gewaltigen Rückzahlungen, für die er nur einmal Geld bereitgestellt hat. Je weniger er auf die Rückzahlung angewiesen ist, um so höher sein Erfolg. Vorausgesetzt er hat die entsprechende Zeit. Ansonsten fahren seine Erben den Erfolg ein.

Als normal angesehen wird folgender Ablauf: Ich gebe meiner Bank einen Geldbetrag, „die das Geld dann arbeiten lässt“ und dafür erhalte ich im Gegenzug zusätzlich eine Entschädigung in Form eines Zinsbetrages. Das ist alles andere als normal. Wenn ich diesen Ertrag direkt wieder der Bank zur Verfügung stelle, dann profitiere ich vom Zinseszins, aber nur so lange ich den angehäuften Kapitalstock nicht in Anspruch nehme. Das ist mir um so eher möglich, wenn meine Erträge höher sind als meine Ausgaben. Gerade diejenigen, die über längere Zeitabschnitte Geld übrig haben sind dann die großen Gewinner.

Warum machen wir das alle mit? Sind wir denn alle Gewinner? Ist der Zinsanteil, der mir für meine paar Spar-Euros gegeben wird, höher als der Zinsanteil, den ich nicht nur für meine Kredite, sondern auch über die Preise entrichten muss? Und überhaupt, bekomme ich eigentlich, verglichen mit anderen, den gerechten Lohn? Oder gehöre ich zu denen, die für die Gewinner arbeiten müssen?

Klar ist, mein Gewinn ist um so größer, je höher der Zins ist. Aber bekomme ich denn überhaupt den angemessenen Ertrag? Da wo wir als Kleinsparer mit wenigen Prozenten abgespeist werden, da agieren die Banken mit wesentlichen höheren Gewinnzielen. Und das hat nicht nur damit zu tun, dass die ihre Arbeit ja auch bezahlt sehen wollen. Die oben im Zahlenbeispiel genannten 25%, die wurden von der Deutschen Bank einmal als angestrebte Eigenkapitalrendite hochgehalten. Das zu erreichen geht mit entsprechend profitablen Geschäftsaktivitäten oder in dem die Bank an die beteiligten Kapitalgeber, von denen sie das Geld einsammelt, weniger ausschüttet.

### Papierwerte und reales Elend

Werte können in der Finanzwelt auf dem Papier wachsen und andererseits auch reales Elend beschern. Ein Beispiel ist hierfür die „Immobilienblase“. Da werden Wertsteigerungen erzielt, aber nur auf dem Papier, ohne das sich Immobilienobjekte in ihrer Substanz real verbessern. Dem Eigentümer wird ein immer höherer Kredit geben, weil ja sein Haus im Wert gestiegen ist. Und von diesen immer höheren Krediten bekomme ich als Bank natürlich einen immer größeren Rückzahlungsanteil oder zumindest eine Vermittlungsprovision. Die nur auf dem Papier entstehenden Wertsteigerungen waren in Amerika in den vergangenen Jahren so hoch, dass selbst ohne Rückzahlung des Kredits der verschuldete Immobilienbesitzer scheinbar „reicher“ wurde.

Mit dem Einbruch der Nachfrage stürzen die Immobilienwerte ab. Was vorher nicht so bedeutend war, Probleme bei den laufenden Rückzahlungen, ist jetzt mehr als eine schwarze Wolke. Ist zudem der geschrumpfte Immobilienwert jetzt geringer als der Kredit, steht das reale Elend vor der Tür. Kommt dazu noch ein Einkommens- oder gar ein Jobverlust, dann ist die Zahlungskatastrophe da. Die Immobilie geht verloren, die Schulden jedoch, die bleiben.

So wie es bei vielen Immobilienbesitzern passiert ist, geschieht es auch bei vielen Banken und deren Kunden. Die Verkettung von Zahlungsausfällen und Wertberichtigungen sind so massiv, weil die minimal erforderlichen Eigenmittel nicht reichen, um diesen Prozess zu stoppen.

Ähnliche Effekte, laufende Schulden und keine Aussicht auf Rückzahlung, treten überall da auf, wo bislang in der Hoffnung auf Wertsteigerungen erhebliche Kredite aufgenommen wurden, nach dem Motto, das zahlt sich schon durch die Wertsteigerung oder die erhofften Gewinne. Beispiele sind hierfür Firmenübernahmen auf Pump. Selbst als solide wirkende Firmen wie Porsche, die sich bei der angestrebten Übernahme von VW verhaben haben, riskieren mit ihren Finanzgeschäften nicht nur ihre Eigenständigkeit.

### Realwirtschaft und Spekulation

Dem Kreis der Betroffenen, Immobilienbesitzer, Banken und Firmen droht eine weitere Gefahr, ein Mangel an Aufträgen. Allein durch den Verlust von Arbeitsplätzen können weitere Kreditrückzahlungen ausfallen. Die Abwärtsspirale erfasst weitere Wirtschaftszweige. Auch ohne diese Gefahr ist die jetzige Situation schon schlimm genug. Das liegt daran, dass die sogenannte Realwirtschaft, in der Geld gegen eine Leistung getauscht wird, nur noch einen kleinen Anteil der gesamten Zahlungsströme ausmacht. Aus diesen „gesunden“ Austausch bleibt zu wenig Gewinn übrig, um damit die Löcher zu füllen, die sich durch die gigantischen Zockerschulden auftun.

„... Nur noch 6% des um den Globus vagabundierenden Kapitals werden für Kredite und Abwicklung der **Realwirtschaft** benötigt. Die anderen 94% sind reines **Spekulationskapital**. ...“  
Humanwirtschaft, 05/2008, Über Heuschrecken Hungerspekulanten und Monster,  
Günther Moewes.

### Frisches Geld und neue Regeln

Die Gesundung auf dem natürlichen Weg, aus dem Erfolg der Realwirtschaft, reicht nicht um den jetzigen Abwärtstrend automatisch zu bremsen. Deshalb stellt sich verkürzt die

Frage, hilft der Staat, also letztlich wir alle, mit Geld oder mittels Beteiligung?

Aus meiner Sicht gibt es nur den Weg der Beteiligung, um die entstandenen Löcher nicht weiter aufreißen zu lassen. Geld, Kredit zu gewähren, treibt nur das bestehende Elend nur weiter. Das liegt daran, dass diese Kredite nur gegeben werden können, wenn hierfür den Kreditgebern, denen, die noch über Finanzmittel verfügen, eine zusätzliche Zinszahlung gegeben wird. Die Ausweitung der Kreditfinanzierung ist nur vertretbar, wenn mit dem erzielbaren Erfolg eine wirtschaftliche Gesundung erreichbar erscheint.

Dagegen kann nicht nur, sondern es muss mit zusätzlicher Beteiligung des Staates auch auf die Spielregeln eingewirkt werden. Es kann nicht sein, dass wir alle zwangsweise den durch hoch riskante Finanzierungen und Spekulationen angerichteten Schaden ausgleichen sollen und dann wieder zur Tagesordnung übergegangen wird. Nach der Notoperation müssen jetzt Regeln und Kontrollen angepasst werden, da die bisherigen offensichtlich unzureichend waren.

Ein wichtiger Aspekt sind dabei die weltweit vagabundierenden Finanzmittel, die nicht für die Realwirtschaft benötigt werden, denen müssen wir eine besondere Aufmerksamkeit widmen. Die Zockerwelt muss von der Realwirtschaft getrennt werden. Wie beim Lotto, sollten Gewinne nur auf Basis der Wetteinsätze ausgegeben werden.

Außerdem brauchen die Betriebe mehr finanzielles Eigengewicht, sprich **Eigenkapital**, um wirtschaftliche Schlechtwetterphasen zu überstehen. Das darf nicht steuerlich bestraft werden, das muss steuerlich belohnt werden, denn damit sichern wir auch unsere Arbeitsplätze.

## Gerechte Teilhabe

Außerdem muss korrigierend eingegriffen werden, sobald erkennbar ist, das etwas aus dem Ruder läuft. Hierzu zählt insbesondere die Begrenzung der **leistungslosen Einkommen**. Diese Einkommen, also Einkommen ohne eine angemessene Arbeitsleistung, müssen abgeschöpft werden, wenn sie nicht für den Konsum oder die normale Vorsorge verwendet werden. Wenn diese Gelder sich der Selbstvermehrung über den Zinseszins bedienen, dann sehen die Konsumenten alt aus. Die haben dann neben den Konsumkosten auch noch über die Preise diese zusätzlichen Zinseszins-Zahlungen aufzubringen. Dieser Effekt kann auch eintreten, wenn die Preise für Produkte nicht steigen. Dann wird eben die Produktionskette „optimiert“. Dazu gehören z.B. mehr Automatisierung, höheres Arbeitstempo oder geringer Lohn für gleiche Arbeit. Gerade da, wo die wirtschaftliche Entwicklung und eine Verbesserung der Lebensgrundlage noch nicht angekommen ist und nur die Hoffnung auf eine Änderung besteht, lässt die gerechte Beteiligung am Erfolg auf sich warten. Wie heißt es so schön böse „die erste Million ist die schwerste“.

Finanztechnische Schieflagen sind vielfach bereits von Anfang an Teil des Verteilungssystems, vorprogrammiert durch falsche Regeln. Ein Beispiel hierfür sind prozentuale Erhöhungen von Gehältern für unterschiedliche Gehaltsstufen. Ein Anreiz für Leistung ist in Ordnung. Es kann nicht als normal angesehen werden, wenn die Gehaltsentwicklungen auseinander laufen. Welche Begrenzung oder Anpassung hier angemessen ist, muss gesellschaftlich entschieden werden. Klar muss dabei sein, dass eine „Ungleichverteilung“ nicht nur Belohnung für wenige sein kann, die als Leistungsträger bezeichnet werden. Dabei stellt sich natürlich die Frage, wer sind die tatsächlichen Leistungsträger? Ein Erfolgsbonus in einem Unternehmen, oder allgemein in einer Gemeinschaft, ist auf alle Beteiligten zu verteilen. Die einen ja, die anderen aber nicht, das kann nicht gerecht sein.

Die Frage einer gerechten Beteiligung stellt sich nicht nur bei Veränderungen und Anpassungen. Auch die absolute Relation der Gehälter gehört auf den Prüfstand.

## Gerechte Beteiligung an den Möglichkeiten

Die Frage einer gerechten Beteiligung stellt sich nicht nur beim Lohn. Hierzu zählt

allgemein die gerechte **Teilhabe an allen begrenzten Ressourcen**, z. B. Wasser und Bodenschätzen. Die Zielsetzung muss lauten, gleicher Anteil für jeden Erdenbewohner. Das schließt in meinen Augen grundsätzlich ein persönliches Eigentum an Grund, Boden und Luft aus. Das wird vielen sauer aufstoßen.

In den Fällen, in denen davon abgewichen wird oder sich eine Ungleichverteilung entwickelt, muss über gesellschaftliche Spielregeln wieder ein Ausgleich erfolgen. Niemand kann für sich das Recht beanspruchen, dass es ihm besser zu gehen hat als anderen. Wo wir diese Regel verletzen werden Auseinandersetzung und Krieg gesät, die dann zusätzlich unsere Lebensgrundlage belasten.

Die so hoch gelobte **Soziale Marktwirtschaft** ist zu einem seelenlosen Aushängeschild verkommen. Nicht der Name macht es. Jetzt wird es Zeit, dass wir unsere Regelwerke anpassen.

„...Leistet ein Topmanager mehr als ein Hochofenarbeiter? 13.211.743 Euro – Millionengehälter wie dieses von Deutsche-Bank-Chef Josef Ackermann sorgen für hitzige Debatten. Die meisten Arbeitnehmer haben kein Verständnis für solch gigantische Summen, die sie in ihrem ganzen Leben nie verdienen werden. Selbst Bundeskanzlerin Angela Merkel (CDU) müsste dafür angesichts ihres Jahresgehaltes von gut 192.000 Euro 69 Jahre im Amt bleiben. ...“  
Darmstädter Echo vom 17.08.2007 ein Artikel zu den Gehältern der Manager bei den DAX-Konzernen.

## **Sich im Kreis drehen oder in Kreisläufen denken**

Gerade wir Grünen müssten aus unserem besonderen Verständnis für die Bedeutung der Natur und von Kreisläufen, den Mut haben, mit Regelungen in der Geld- und Finanzwelt unseren Sozialstaat stabilisieren, anstatt ihn tatenlos vor die Hunde gehen zu lassen.

Auch wenn vielen von uns die Umsetzung von Änderungen als schier unmöglich erscheint, müssen wir eins auf jeden Fall tun, uns mit den Zusammenhängen und Auswirkungen auseinandersetzen und uns an der Gestaltung und Umsetzung der erforderlichen Regeln beteiligen. Neben Investitionen in Bildung und sozialen Netzen ist eine gesellschaftlich tragfähige Finanzwelt eine unverzichtbare Säule für unsere Zukunft und ein soziales Zusammenleben. Wie heißt es so schön, ohne Moos nichts los.

## **Zukunftsfähig handeln durch Regeln**

Der Schwerpunkt unserer wirtschaftlichen Kraft und Leistung liegt in Deutschland weniger in der „**Selbstversorgung**“ des Landes, eher im Export von Industriegütern, insbesondere im Bereich Maschinenbau. Das klappt natürlich um so leichter, je mehr Geld für Technisierung und Entwicklung in den anderen Ländern zur Verfügung steht. Deshalb ist der Versuch, mangelnde Aufträge durch Konsumanreize und zusätzliche Baumaßnahmen auszugleichen, kein Ersatz.

Wenn wir als **Vorsorgemaßnahme** Investitionen vorziehen, dann sollte das in Bereiche erfolgen, die einen künftigen Ausgleich zwischen Kosten und Nutzen verbessern. Das ist um so wichtiger, weil sich durch die zusätzlichen Investitionen in den kommenden Jahren die anstehenden **Rückzahlungsforderungen** zusätzlich erhöhen. Deshalb muss mit diesen Maßnahmen ein zusätzlicher Einnahmenvorteil erzielt werden, der größer ist als die damit verbundenen zusätzlichen Rückzahlungen und Zinskosten. Oder es werden damit noch höhere Kosten an anderen Stellen verhindert. Ein Beispiel sind hierfür Investitionen in Aus- und Fortbildung mit denen z.B. höhere Folgekosten auf Grund von Arbeitslosigkeit verhindert werden. Nur in die Schulgebäude zu investieren reicht nicht, um das Produktionsergebnis der Schule zu verbessern.

Auf örtlicher Ebene könnte mit einer geringen „**Erbpacht**“ anstatt dem Verkauf von Grundstücken, nicht nur der künftige Planungszugriff für die Kommune gesichert werden, sondern gleichzeitig ließen sich damit auch die Zusatzkosten für den Wohnungsbau reduzieren. Denn bereits jeder zusätzlich gewonnene Einkommenssteuerzahler und

## Finanzweltgedanken

Konsument ist eine „Bereicherung“ für die Kommune, da muss nicht zuvor durch den Grundstücksverkauf ein Gewinn erzielt werden.

Damit verbunden dürften auf diese Weise grundsätzlich die **Grundstückspreise** sinken, was den Vorteil hat, dass die damit erzielbaren zusätzlichen Gewinne nachher nicht wieder abgeschöpft werden müssen. Zudem sinkt für die Nutzer das Kostenrisiko für die Errichtung und den Erwerb einer Immobilie.

Die Bereitstellung von Grundstücken, die sich im Besitz der Kommunen oder anderen staatlichen Stellen befinden sollten deshalb künftig grundsätzlich nur noch in Erbpacht bereitgestellt werden. Auch auf den Besitzübertrag von einer auf eine andere staatliche Stelle kann verzichtet werden. Freiwerdende Flächen, die bislang z.B. von den amerikanischen Streitkräften genutzt wurden, könnten so kostengünstig einer neuen Nutzung zugeführt werden.

Auf gleiche Weise sollte das mit **Grundstücken und Immobilien der Deutschen Bahn** geschehen, die für den Bahnbetrieb nicht mehr genutzt werden. Durch die Bindung an Erbpacht, die dann von der jeweiligen Kommune aus vergeben wird, kann auf den Verkauf verzichtet werden. Denn diese Grundstücke sind bereits alle in unserem Besitz, vertreten durch die Deutsche Bahn. Das dürfte um so leichter fallen, wenn wir jetzt endlich auf eine **Privatisierung der Deutschen Bahn** verzichten. Einrichtungen, die wichtige Infrastrukturen sind, die aber kein Geld verdienen, brauchen auch nicht künstlich privatisiert werden. Es wäre Betrug an den Bürgern, wenn Investoren solche Bereiche überlassen werden, um daraus zusätzliche Gewinne zu erzielen. Auch wenn der Bahnbetrieb Gewinne abwerfen könnte, so sollten damit besser die Preise gesenkt oder Qualität und Leistungsfähigkeit gesteigert werden.

Was auf allen Entscheidungsebenen wichtig ist, einen Ausgleich zu schaffen, wenn der Zugang für Nutzung und Leistungserbringung nicht frei verfügbar ist. Das gilt auch, wenn ein **Ressourcenschutz** nötig ist. Anstatt **Zugangsbeschränkungen**, muss eine eingeschränkte Nutzung durch wenige, immer zeitlich begrenzt und mit einem Nutzungspreis versehen werden.

Der Nutzungspreis richtet sich nach den **Kostenkomponenten**: Aufwandsanteil, Risikoaufschlag und Gemeinanteil. Im Aufwandsanteil steckt die angemessene Entlohnung und der Anteil für die erforderliche Infrastruktur zur Erbringung der Leistung. Der Risikoaufschlag ergibt sich aus der Unsicherheit, ob die erkaufte Nutzungsmöglichkeit hinsichtlich Menge und Qualität der Erwartung entspricht und das Endprodukt sich wie geplant verkaufen lässt. Im Gemeinanteil sehe ich die Aufwände für die erforderliche gemeinschaftliche Infrastruktur, einschließlich der eventuell zu tragenden Entsorgungskosten und für eine Entschädigung derjenigen, denen ich eine derartige Nutzung nicht ermöglichen kann. Teil der Ausgleichs-/Entschädigungsmasse sind auch die zu leistenden Steuerzahlungen, die für die gemeinschaftliche Infrastruktur genutzt wird. Es braucht also nicht Geld direkt verteilt zu werden. Entschädigt werden kann durch Infrastrukturen, die im Gegenzug ohne oder zu einem reduzierten Kostenanteil genutzt werden, z.B. für Kinderbetreuungseinrichtung, oder Straßen.

Ist nun in der Summe, aus idealistischer Sicht, ein zu hoher Preis entstanden, also zusätzlich ein Gewinnanteil, dann unterliegt dieser letztendlich der Abschöpfung. Die Abschöpfung ist hierbei nicht als sofortiger Gewinneinzug zu sehen. Eingezogen sollen die überschießenden Anteile nur, wenn diese nicht über den Konsum dem Wirtschaftskreislauf zur Verfügung gestellt werden, damit eine **leistungslose Vermehrung**, z.B. in Form von Zinseszins-Einnahmen, verhindert wird.

Da wir nun einmal nicht alle Gewinner sein können und auch nicht die tatsächlichen Gewinner ständig ihre Gewinnanteile steigern können, müssen regulatorische Zwangsbremsen aktiviert werden.

Bei personenbezogenen Guthaben wäre es denkbar, diese je nach ihrer Quelle unterschiedlich zu bewerten:

## Finanzweltgedanken

- Vergütungen / Einkommen unterliegen der Einkommenssteuer.
- Gewinnausschüttungen aus Beteiligungen / Kapitalanlagen sollten auch der Einkommenssteuer unterliegen.
- Auflösungen von Kapitalbeständen werden nicht zusätzlich besteuert.
- Erbanteile, die als Kapital oder als nutzbare Immobilie den Besitz wechseln, sollten einer speziellen Steuer unterliegen, die mit der Höhe auch steigt, um so das quasi leistungslose Einkommen ab einem Höchstbetrag, der politisch fest zu legen ist, stärker zu besteuern.
- Erbanteile, die als Firmenbeteiligung den Besitz wechselt, sollten nur dann besteuert werden, wenn eine Kapitalentnahme erfolgt. Das Fortführen einer Firma sollte nicht durch eine Besteuerung erschwert werden. Die Kapitalentnahme kann wie ein normales Einkommen der Steuer unterliegen.
- Es wäre auch denkbar, bei Erbanteilen, die aus Firmenbeteiligungen bestehen, die Steuerzahlung in Form einer Staatsbeteiligung zu leisten. Diese Eigentumsanteile würden dann dem Staat und damit der Gemeinschaft zur Verfügung gestellt. Damit wäre ein Ausgleich geschaffen für den aus der Gemeinschaft heraus entwickelten Firmenwert.

Um die finanztechnischen Langzeitauswirkungen von Investitions- und Leistungsentscheidungen staatlicher Stellen beurteilen zu können, ist zwingend einzufordern, dass alle Kostenanteile hinsichtlich der Laufzeiten und aller Zahlungszeitpunkte berücksichtigt werden. Dazu müssen Alternativen auch zeitneutral gegenübergestellt werden, z.B. mittels **Barwert**.

Auch gut gemeint ist nicht steuerfrei.

**Stiftungen**, mögen sie auch sozial ausgerichtet sein, sind als „normale“ Wirtschaftsunternehmen zu betrachten. Die Regelung die stiftungsgemäße Verwendung nur auf die erzielten Gewinne aus dem Stiftungskapital zu begrenzen erscheint mir unzeitgemäß. Auch das Kapital der Stiftung sollte hierfür herangezogen werden, auch wenn damit die Stiftung sich nach entsprechendem Kapitalabbau finanztechnisch selbst auflöst.

**Zwischenstaatlicher Informationsaustausch**, insbesondere hinsichtlich der Steuern ist unabdingbar, um die Beteiligung am wirtschaftlichen Erfolg nach den staatsinternen Regeln überhaupt erst zu ermöglichen. Um hier Transparenz zu erhalten, ist es notwendig, dass Finanztransfers zwischen den Wirtschaftsräumen den jeweiligen Finanzbehörden mitgeteilt werden. Alle andere Transfers sind dann Schwarzgeld.

Den Staaten ist die Freiheit zu geben, eigene **finanztechnische Regelungen** festzulegen. Eine **Harmonisierung** ist übergreifend zu schaffen, soweit es sich, entsprechend dem Grad der gegenseitigen Anerkennung und Abstimmung, um übergreifende Wirtschaftsräume handelt, z.B. innerhalb der EU.

Die **Ordnungspolitischen Stellschrauben** müssen ständig angepasst werden. Es geht hier nicht um eine einmalige Systemanpassung. Die Veranlagung des Menschen, mit möglichst wenig Aufwand den maximalen Nutzen zu erzielen, wird immer wieder dazu führen, das Schlupflöcher aufgetan werden. Damit deren Auswirkungen für unser finanzwirtschaftliches Zusammenleben in einem akzeptablen Rahmen bleiben, müssen die Regelungen ständig angepasst werden. Das ist Aufgabe der Politik, die je nach regionaler Verflechtung und Kultur eine passende Antwort in Form von Vereinbarungen, Regeln und Maßnahmen für den jeweiligen Bezugsbereich finden muss. Das fängt nicht erst vor der eigenen Haustür an, sondern im Haus und in unseren Köpfen

Werner Grimm, 03.08.2009